

Staatsbürgerliche Erziehung : sie entsteht erst

Autor(en): **Imfeld, Al**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **78 (1991)**

Heft 1: **Staatsbürgerliche Erziehung in der Staatskrise**

PDF erstellt am: **05.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-525794>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Staatsbürgerliche Erziehung: sie entsteht erst

Al Imfeld

Der Staat, der alte Nationalstaat des 19. Jahrhunderts, der sich in unserem Bewusstsein eingenistet hat, ist irrelevant geworden. So die These Al Imfelds, der darum den Vorgängen, die mit «Staatskrise» bezeichnet werden, die Bedeutung einer «schmerzlichen Fortführung einer aufs Eis gelegten Aufklärung» zuschreibt. Die Suche nach einem Staate im Dienst der Bürger ist neu angesagt. Lehrer und Eltern tragen dafür grosse Verantwortung.

Nicht gestellte Szenen zur Einstimmung

Beim Einstellungsgespräch eines Ersatzlehrers für Staatskunde an einer der Gewerbeschulen:

«Aber werden sie ja nicht politisch.»

«*Ich gehöre keiner Partei an.*»

«Ich meine nicht das, sondern so linkes Zeug, das in die Schüler führt und einestags uns den Masel ausessen lässt.»

«*Linkes Zeug?*»

«Ja, ich meine etwa Betonung der Rechte statt der Pflichten. Oder wenn gar die Schüler meinen, das müsse an der Gewerbeschule eingeführt oder angewandt werden. Wir haben dafür keine Zeit.»

An einer Gewerbeschule schlägt ein Lehrer für Staatskunde vor, «den Imfeld für eine Stunde über Entwicklungspolitik einzuladen».

Der Leiter der Schule: «Der Imfeld ist schon gut, aber auf keinen Fall soll der über Entwicklungspolitik allgemein reden, denn dann kommt auch die Schweiz dran. Nein, wir holen den Imfeld, aber zu Afrika, denn da gilt er als einer der besten Spezialisten. Doch auch hier nehmen wir Südafrika aus, denn das betrifft die Schweiz.»

Ein Staatskundelehrer, der auf sehr sachte, ja sanfte Art eine Erweiterung des Staatskundeunterrichts vornimmt, wird eines Tages vom Leiter in einer Art und Weise darauf angesprochen, dass der betreffende Lehrer es nur als Vorwurf verstehen kann:

«Glauben Sie nicht, dass Sie Ihre Schüler überfordern? Vor den Jugendlichen müssen wir über Pflicht und Gehorsam, Arbeit und Fleiss reden. Die anderen Seiten nehmen sie sich selbst heraus.»

Bewusstes Anhäufen von Stoff mit der Folge des Erstickens

Die obigen Begebenheiten sind nicht fiktiv. Doch ich erwähne bewusst keine Orte und Namen, denn es geht um das Klima an den Schulen und insbesondere zu diesem Fach. Ich kenne mich in fünf Kantonen ziemlich aus. An mindestens drei Orten würden zwei der folgenden Lehrer verwarnt, geschnitten, nicht mehr automatisch nach den Dienstjahren in der Lohnskala ansteigen. Es werden mannigfache Weisen subtiler Bestrafung zermürend im Alltag angewandt.

Jede Schule – vornehmlich die kantonalen – wurde beschnüffelt. An den Gewerbeschulen, die ich kenne, traut kein Lehrer oder Lehrerin dem oder der anderen. Sie kommen sich gegenüber der Schulleitung wie Unteroffiziere vor. Doch zum Verständnis, der Leiter glaubt, gegenüber dem Erziehungsrat in der gleichen Lage zu sein. Das schulische Verständnis ist weitgehend militärisch, rational, schroff und autoritär, aber auch männlich: Ordnung, Disziplin, Gehorsam ohne Widerrede und systematische Anhäufung des Stoffs, im Sinne von immer neuen Waffen, um ob der Fülle von Stoff und Systemen, und ob der dauernden Checks und Prüfungen ja nicht zum Vertiefen, Hinterfragen oder Nach-Denken zu kommen.

Eine Wende, keine Krise

Bestimmt wirft mancher (hier bleibe ich rigoros bei männlich!) mir vor wie jüngst bei einem ähnlichen Artikelversuch (gedruckt wurde er deshalb anscheinend nicht), ich sage nichts Neues, das sei inzwischen doch allgemein bekannt, ich würde übertreiben und Einzelheiten und Ausnahmen herausnehmen, usw. Doch so manches ist uns sattsam bekannt und wird täglich ohne Widerspruch wiederholt. Warum darf eine Lageanalyse nicht ausgelotet werden? Und warum soll das moralisch sein und der Befehlston noch immer besser als Ethik?

Viel wurde in letzter Zeit über Krisen geschrieben. Für mich ist das Augenwischerei, denn es kann z.B. keine «Staatskrise» sein, wenn es sich zeigt, was dieser «Staat» bis anhin, zwar institutionalisiert, aber doch insgeheim tat. Wenn Naivität erschüttert wird, ist das keine Krise, sondern die schmerzliche Fortführung einer auf Eis gelegten Aufklärung.

Wir haben in der Überschattung gelebt, und plötzlich verursachten ein paar Stürme eine Waldlichtung. Nun blendet das unge-



Al Imfeld, 1935, entwicklungspolitisch engagierter Journalist, Dichter und Vortragsredner. «Verlernen, was mich stumm macht» und «Vision und Waffe» (Unionsverlag Zürich) versuchten afrikanische Kultur und Literatur auch bei uns sowohl begreiflich als auch (und vor allem) liebenswert zu machen. 1983 erhielt er für seine Bemühungen um den afrikanischen Dialog vom Kanton Zürich eine Auszeichnung; 1984 den Christoph-Eckstein-Preis für sein Buch «Zucker», das in vernetzter Form die Zusammenhänge zwischen Entwicklungsländern und uns «auf wirksame und originale Art» darstellt.

wohnte Licht. Es ist nicht mehr wie vorher. Für die einen findet zwar Gesichts- und Machtverlust durch ein Sichtbarwerden statt. Für andere stellt sich schlicht die Frage: «Wie gehen wir weiter? Wie machen wir mit? Wo kommen wir nun (endlich) hinzu, und was bedeutet das für eine politische Kultur, die den Bürger mündiger als bis anhin nehmen will?»

Wir befinden uns in einem gewaltigen Umbruch, den ich nicht als Abbruch und Ende empfinde. Wir haben über die Ökologie die Landschaft neu entdeckt. Dasselbe kommt auf den politischen, sozialen und kulturellen Ebenen in Gang. Zwar stehen noch viele Blöcke und Barrieren vor uns. Doch wer an die Zukunft glaubt, weiss, dass Mauern und Grenzen fallen müssen und dass mancher Schutz nur ein Vorwand der Regulierung ist – vom Zivilschutz bis zum Umweltschutz. Was uns nach so vielen Jahren der Dürre verlorengegangen ist, sind die Denker über Horizonte und Bunker hinaus. Doch wen wundert's, dass sie nicht da sind? Sie wurden ja nicht gefördert, sondern verdächtigt; sie erhielten bloss Aussenseiterchancen. Das, was heute die international orientierte Wirtschaft fordert, muss auf alle menschlichen und sozialen Bereiche übertragen und angelernt werden: eine systematische und grossangelegte Forschung und Entwicklung.

Der Staat heute

Das 19. Jahrhundert hat den Nationalstaat als etwas in sich Abgeschlossenes und Unvernetztes angestrebt. Alle ausserhalb waren potentielle Bedroher oder gar Feinde. Wie das Feudalsystem und irgend ein anderes zuvor stets die ihr eigene Landwirtschaft als Basis zum Erhalt nicht der Bevölkerung als solcher oder ganzer, sondern als Grunderhalt des Systems aufbaute und mit einer Ideologie umgab, so tat es auch der Nationalstaat mit dem Grundkonzept der Selbstversorgung im Kriegsfall. Das ist ein Beispiel und dient zur Illustration, warum im Moment ein solcher Kampf um Agrobusiness oder neue industrielle Formen der Landwirtschaft bei der EG und im Gatt entbrannt ist. Das sind Zeichen einer Um-

schichtung, die dem gewöhnlichen Menschen verborgen bleiben mussten. Der Bauer wurde genauso wenig wie der moderne Arbeiter in ein Denken hineingenommen, das Grenzen überschreitet, sich mit anderen verknüpft und sogar an die Peripherien, die sogenannte Dritte Welt, reicht. Alles Fremde und die Ausländer wurden Bauern und Arbeitern als Bedrohung dargestellt. So stand er leidenschaftlich-emotional im Dienste des Nationalstaats, wurde dabei jedoch immer mehr zum kleinkarierten Kolonialisten und Rassisten. Solche Zusammenhänge haben ihnen weder Schule noch Parteien, weder Verbände noch Gewerkschaften klar gemacht.

Was zwischen Ost und West und erst recht innerhalb Europas vor sich geht, sind nicht – wie so leidenschaftlich von bestimmten Politikern hingestellt – Verluste der Souveränität. Es finden statt eine Sprengung alter Grenzen und neue Vernetzungen; es stehen Fragen an, die Menschen und Natur betreffen, etwa wie der Zerstörung der Umwelt Grenzen gesetzt werden könnten? Oder, wie die zunehmende Armut an allen Ecken und Enden auch in unseren Ländern bekämpft werden kann? Wie stellen wir uns der neuen Migration oder Völkerwanderung? Wie definieren wir Arbeit neu, dass nicht bald ein Drittel der Menschheit keine Chance hat?

All das sind keine nationalistischen Probleme mehr: sie existieren weltweit und müssen ganzheitlich angegangen werden. Doch mit der jetzigen Form Politik und Gesetze in einem scheinbaren souveränen Staat zu machen, hilft wenig – genauso wenig wie zwar gut gemeinte, aber stets nur punktuelle Entwicklungsprojekte.

Mit dieser Umschreibung habe ich versucht, die Relativierung des alten Nationalstaats zu illustrieren.

Der junge Mensch spürt das,

doch er selbst kann es mit seinem spärlichen Wissen nicht begreifen. Er formuliert es auf seine Weise, die von vielen lächerlich gemacht wird. Doch wir täten gut daran, von da auszugehen – wie von der Spitze des Eisbergs in die Tiefe zu steigen.

Junge Menschen spüren die Irrelevanz des gegenwärtigen Staats, den er nur noch als Bürokratie und Menschenverächter erlebt, als Kontrolleur und Bremser, als Überwacher und Ankläger. Dieser Staat sind nicht «wir», sondern «die dort oben», «die anderen», «die Reichen» ; nicht WIR, sondern SIE.

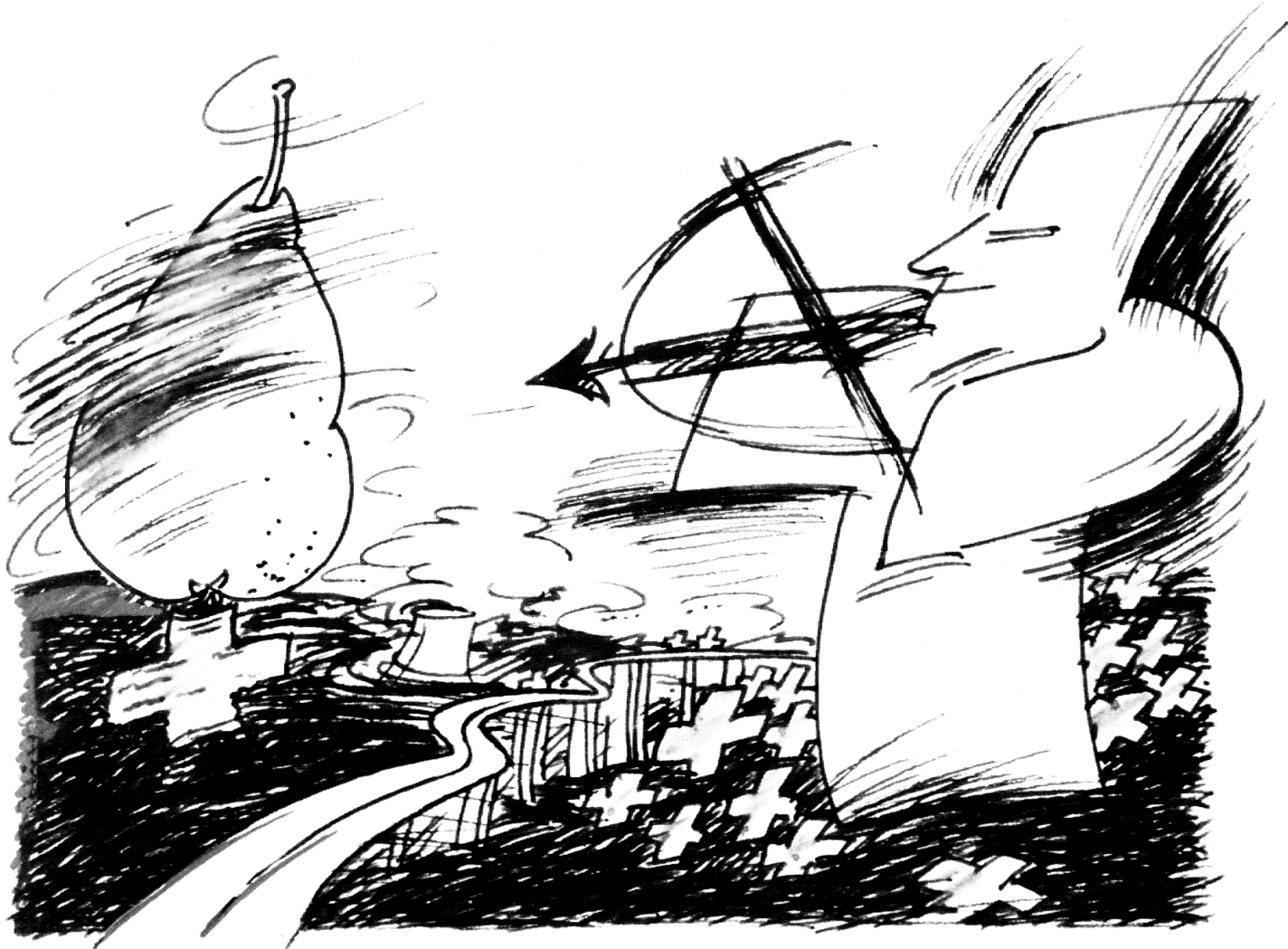
Er kann nicht sehen, wie er da mitmachen soll, ohne er wird im Kleinen genauso wie die Grossen zum nackten Interessenvertreter.

Das spürt er auch: die Politiker sind nur in ganz seltenen Fällen Volksvertreter, sondern Lobbyisten, die geübt und somit geschickt auf ihre Mühle Wasser leiten.

Die Schule könnte aufklären

Ich hüte mich, alles auf die Schule abzuwälzen. Für mich ist sie stets auch ein Abbild der Gesellschaft und vor allem des Staats. Ich ziehe radikal in Zweifel, dass mit einem anderen staatsbürgerlichen Unterricht eine neue Politik, mehr Demokratie oder ein grösseres Interesse an der Öffentlichkeit kreiert werden kann. Kritisches Denken und Hinterfragen, Ermessen und Beurteilen sind für alle Fächer gefordert.

Ich fordere zwar eine Erziehungsreform, aber nur als ein Teil eines Ganzen. Die Parteien, Gewerkschaften, Verbände oder Genossenschaften haben die Pflicht, in die Tiefe zu gehen und neben den Alltagsfragen die grossen Anliegen nicht hinten anstehen zu lassen. Warum darf sich eine Partei nicht in Frage stellen? Warum wird nicht offener darüber debattiert, dass die meisten «Arbeitenden» heute nicht mehr der Industriearbeiter des angehenden 20. Jahrhunderts, sondern Angestellte in Dienstleistungen sind? Dass der Bauernverband bloss noch etwa 10 Prozent Bauern umfasst und weitgehend (auch) eine Lobby des Agrobusiness ist? Die Folge davon ist nicht Verketzerung, sondern Klarheit der Interessen: die traditionellen Bauern produzierten für die Ernährung und waren in sich volksorientiert, das Agrobusiness betreibt Handel und Spekulation mit in Fabriken erzeugten Gütern, Überschüssen und gewinnorientierten Produkten.



Staatsbürgerlich muss ich eine ganz andere Wirtschaftsinformation und -aufklärung fordern. Das bedingt endlich etwas Transparenz von seiten derer, die behaupten, dem Volke wohl zu wollen und Arbeitsplätze zu verschaffen. In einer demokratischen Gesellschaft sind sie genauso wie Parteien und Genossenschaften zur Rechtfertigung gefordert – zumal ein grosser Teil der Gesetze und Staatsaufgaben sich ihnen – zum Vorteil – widmet.

Die Firmen müssen – so wie es die Staatsphilosophie im 18. Jahrhundert von Legislative, Exekutive und Justiz forderte – von einem entsprechenden Journalismus begleitet, beobachtet, analysiert und kritisch kommentiert werden. Wie Politik muss auch Wirtschaft unter eine bestimmte Kontrolle gestellt werden. Das hat mit Verstaatlichung nichts zu tun – sicher nicht in dem Sinne, wie ich Staat als veraltet sehe. Wir haben in unseren Landen einen sehr schwachen Wirtschaftsjournalismus. Darunter verstehe ich mehr als bloss Konsumentenorientie-

rung. Zufriedenstellend darf ich jedoch feststellen, dass über diesem Aufhänger langsam etwas in Bewegung kommt. Ich meine selbstverständlich mehr als Börsenindexe oder Höchstwerte. Jemand muss fähig sein, solche Zahlen zu werten, um Grundlagen zum Handeln zu erhalten.

Deshalb ist es eine total kranke Politik, Sendungen bloss nach Einschaltquoten zu beurteilen.

Nach diesen eher zufälligen Anmerkungen habe ich jedoch die Pflicht, die Schule auf ihre Immobilität aufmerksam zu machen. An vielen Ecken beginnt es zu grünen. Die Fächer aber bleiben dieselben, und der Unterricht unternimmt zu wenig, um in der Tradition der Aufklärung und Säkularisierung und nicht im Dienste einer verkappten Religion zu stehen und weitgehend Varianten eines Religions-, Glaubens- oder Ideologieunterrichts anzubieten. Wer zu dieser Welt ja sagt, muss säkular denken und handeln lernen. Das schliesst Spiritualität nicht

aus – ganz im Gegenteil. Ethik und Dimensionen in alle Höhen und Tiefen sind gefragt. Ich glaube nicht, dass wir schon alle Welten entdeckt haben.

Am unbeweglichsten stellt sich mir die Institution der Universität in Europa dar. Sie ist kein Betrieb reifer Menschen, sondern eine nie erneuerte Weiterführung der Feudaluniversität. Doktordissertationen und Habilitationen sind lächerliche Machwerke – mit wenigen Ausnahmen. Hier wird jahrelang eingeübt, mit Autoritäten und nicht mit Wissen umzugehen. Staatsbürgerlich finde ich die Universitäten sehr fragwürdig gewordene Einrichtungen. Die Eliten weigern sich systematisch mit ihren wissenschaftlichen «Geheim»-Sprachen, ihre Aufgabe dem Volk gegenüber wahrzunehmen. Dass es immer wieder zur Forderung einer Volksuniversität kommen muss, ist selbstredend.

Bewusstseinsbildung

Für die meisten ist der Begriff der Bewusstseinsbildung oder Conscientisation wohl eine sinnvolle Weiterführung der Aufklärung. Alle Begriffe können, wenn sie absolut genommen werden, fragwürdig werden. Ich will mich hier auf keinen Fall in eine Debatte über diesen in der Entwicklungspolitik für einen Zeitraum sehr wichtigen Begriff (symbolisch steht dafür Paolo Freire, der grosse brasilianische Pädagoge) einlassen. Doch die Idee dahinter ist richtungsweisend – auch für einen aktuellen staatsbürgerlichen Unterricht. Das Grundprinzip heisst: generativ vorgehen, d.h. ausgehen von einem Wort, das etwas meint, das für die Lernenden lebenswichtig ist. Weiter bedeutet das: Dingen wieder Geschichte zurückgeben, zur Wurzel und zur Krone des Baumes schauen. Die Breiten und Weiten sehen lernen; Zusammenhänge und die vielen übereinandergelagerten Schichten – so wie in der Geologie oder Archäologie.

Von meiner Sicht heisst das, Geschichte, Symbolen, Poesie und Literatur, aber auch Religionsgeschichte und Volkskunde mehr Gewicht zu geben. Wir alle müssen lernen, nicht sofort nach Absoluta (Wahrheiten) zu schauen, sondern zu relativieren, Beziehungen zu sehen, um einbeziehen zu können.

Statt um ein dauerndes Ausgrenzen, Differenzieren und Ausschliessen wird es in Zukunft von der Wirtschaft bis zur Flüchtlingsproblematik, von Europa bis zu den Entwicklungsländern mehr um das Einbeziehen oder Einschliessen gehen. Symbolisch steht dafür die Forderung, den Begriff Dritte Welt zu streichen, denn sie ist längst überall. Somit wären wir auch wieder beim Begriff Staat, der im alten Verständnis sinnentleert ist und somit auch das Politisieren entlang dieser Leitplanken hoffnungslos ist und ohnmächtig ist. Vor allem Lehrer haben die Verantwortung, wenn sie im echten Sinn Lehrer sein wollen, trotz ihrer Leiter und vor allem gegen die Erziehungsdepartemente neue Wege zu suchen. Lehrer und auch Eltern müssten einander vertrauen, dass sie entweder im Geiste Aristoteles' oder Platos auf die Suche eines Staats im Dienste der Bürger gehen.

Offene Stellen

**Auf Schuljahrbeginn 1991/92
am 19. August 1991**

suchen wir
für unsere Unterstufe

Lehrerin oder Lehrer

vorzugsweise mit Diplom in
Logopädie oder Heilpädagogik
oder Zertifikat als Sprach-
heillehrerIn

Anfragen und Bewerbungen mit
den üblichen Unterlagen sind
erbeten an

Sprachheilschule Steinen
Karl Fässler, Schulleiter
6422 Steinen, 043-41 13 15.